

A 2

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand (über Behnam Yazdani)

Änderungen im Bereich Integration im Grundsatzprogramm der Jusos Hessen-Süd

Folgende Änderung erfolgt im Bereich Integration:

9.3 Zuwanderung als Bereicherung begreifen

Deutschland ist ein klassisches Einwanderungsland. Auch aus der humanitären Verantwortung Deutschlands gegenüber der Welt ist es notwendig, dass Zuwanderer in der Bundesrepublik leben und arbeiten können. Wir wollen allen Menschen, unabhängig von Qualifikation und Herkunft die Möglichkeit geben, ein freies und selbstbestimmtes Leben in unserem Staat zu führen. Darüber hinaus müssen die Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte, Forscher und Wissenschaftler angemessen erleichtert werden.

Wir brauchen multi-kulturelle Ansätze und Vorgehensweisen. Dabei sind die Stärken und Besonderheiten verschiedener Kulturen zu beachten, zu schätzen und zu nutzen. Wir setzen uns für die Verbundenheit von Kulturen und Nationen ein und unterscheiden uns damit auch vom konservativen Ansatz der „Leitkultur“. Integration bedeutet keine uneingeschränkte Anpassung an bestehende Umstände, sondern die Erneuerung der bestehenden Verhältnisse durch den Einfluss von außen.

Um Integration bewältigen zu können, sind zwei Seiten von Bedeutung. Es müssen einerseits Chancen zur Teilhabe in allen Lebensbereichen gewährt, aber auch wahrgenommen werden. Die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten möchten wir vor allem durch ein gutes Bildungsangebot und besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt fördern. Ziel ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, dazu gehört für uns auch der Erwerb der vollen Bürgerrechte. Einbürgerungen wollen wir erleichtern.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist für jeden hier lebenden Menschen in unserem Land zu akzeptieren. Eine Ablehnung der höchsten Normen, welche unsere Gesellschaft zusammenhalten, ist nicht hinzunehmen.

Der bisherige Abschnitt sieht wie folgt aus:

9.3 Zuwanderung als Bereicherung begreifen

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ganz besonders hinsichtlich der humanitären Verantwortung Deutschlands gegenüber der Welt muss es ein Zuwanderungsgesetz geben, das es Menschen ermöglicht, in der BRD zu leben und zu arbeiten. Auch hinsichtlich des weltweiten Wettbewerbs um die klügsten Köpfe müssen die Einwanderungsmöglichkeiten für Forscher und Wissenschaftler erleichtert werden. Die entsprechenden Gesetze sind jedoch mit Augenmaß zu schreiben und auf europäischer Ebene zu verwirklichen. Eine massive Zuwanderung darf hierbei nicht zu unverhältnismäßigen Lasten des deutschen Arbeitsmarktes bzw. der deutschen Arbeitnehmer geschehen.

Die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten hat Priorität. Besonders in Bezug auf Sprache und Gesellschaftskunde fordern wir für alle hier lebenden Migrantinnen und Migranten ein flächendeckendes Bildungs- und Qualifizierungsangebot. Ziel ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, dazu gehört für uns auch der Erwerb der vollen Bürgerrechte. Einbürgerungen wollen wir erleichtern.